

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeige... heute liegt der Kalender bei!

mit Handels- und Industrie-Zeitung
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstraße 1

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM.
Einzelnnummer 15 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Rpf.

Nr 300 * Freitag, 28. Dezember 1934 42 Jahrgang

Phantastische Moskauer Erzählungen

Die Weihnachtsfeier des Führers — Rudolf Hess an die Auslandsdeutschen — Unterredung mit Blomberg

Die Anklageschrift zum Fall Kirow

Ein neuer Schauprozess in Vorbereitung

Moskau, 27. Dezember
Aus einer Moskauer amtlichen Mitteilung geht hervor, daß der Prozess gegen den Mörder Kirows, Nikolajew, zu einem politischen Schauprozess nach bekanntem Muster amgestaltet werden soll. Nikolajew hat bereits die notwendigen sensationellen Geständnisse abgelegt, die zu einem solchen Schauprozess gehören. Namentlich hat er nicht nur die Ermordung Kirows, sondern vor allen Dingen die Ermordung Stalins geplant. Aber auch Molotow und Kaganowitsch sollten beteiligt werden. An ihre Stelle sollte natürlich niemand anders treten als die Führer der früheren sogenannten Linksopposition, Trotzki, Sinowjew und Kamenev. Trotzki war als Staatsoberhaupt vorgesehen. Damit diese Anklageschrift auch ein nicht genannter ausländischer Konflikt, mit dem die angeblichen Verschwörer in Verbindung getreten sein sollen, Nikolajew soll von diesem Konflikt 3000 Rubel erhalten haben.

lichen Schauprozessen, die aus politischen Gründen inszeniert wurden. Zwar hatte man im Tagebuch des Mörders Kirows eine Notiz gefunden, wonach er sein Verbrechen aus persönlicher Verzweiflung über seine schlechte Lage begangen habe. Die Anklageschrift geht aber über diese Tagesbuchnotiz mit dem Bemerkten hinweg, sie sei absichtlich in das Tagebuch geschrieben worden, um die wirklichen Beweggründe der Tat zu verschleiern.

Angsttelegramme

Moskau, 27. Dezember
Auf die Veröffentlichung des Volkotommissariats des Innern über die Verhaftung Sinowjews, Kamenevs und 19 ihrer Anhänger in Moskau treffen aus allen Teilen der Sowjetunion Entschuldigungen von Parteiverbänden ein, die die Todesstrafe für diese ehemaligen Politiker fordern. In der Hauptstadt wollen sich die Mitglieder durch diese Forderung bei der Sowjetregierung einmischen, denn es ist bekannt, daß Sinowjew und Kamenev nicht zuletzt auch Trotzki in der Partei — meist unter den alten Mitgliedern — eine zahlreiche Anhängerzahl besaßen.

Die Kursänderung der Sowjets

Rückkehr zu den Terrormethoden?

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Moskau, 27. Dezember. (Durch United Press)
In Moskau informierten Kreise in die Verführung gewandten, daß die Ermordung Kirows der Sowjetregierung Anlaß dazu geben könnte, schärfer vorzugehen und ganz oder teilweise von dem verhältnismäßig milden Kurs abzuweichen, der in letzter Zeit die russische Innenpolitik zu kennzeichnen schien. Bekanntlich hat die politische Polizei Hunderte von Verhaftungen vorgenommen, und

Terrorprojekte ohne Annäherung des Staatsanwalts und des Verteidigers
geführt werden können, nicht wie eine teilweise Rückkehr zu den früheren Methoden der geheimen Inquisition aus. Nach den amtlichen Erklärungen betrachten die Sowjets die Ermordung Kirows durch Jewid Nikolajew als eine Herausforderung der „Klassenfeinde“ — eine Herausforderung, die nur mit der gepanzerten Faust beantwortet werden könne. In der ersten offiziellen Mitteilung über das Attentat wurde Nikolajew als „Agent des Feindes der Arbeiterklasse“ bezeichnet. Aber ob diese Bezeichnung richtig ist oder ob Nikolajew seine Tat

zahlreiche Personen sind an die Wand gestellt worden.
Die Regierung leugnet den Zusammenhang zwischen der Ermordung Kirows und diesen Einrichtungen. Aber es ist bezeichnend, daß beispielsweise die Veröffentlichung von 99 Erschießungen am Abend desselben Tages erfolgte, an dem Kirow festlich zu Grabe getragen wurde. Ebenfalls bezeichnend ist es, daß die Sowjetpresse ihre Mitteilungen über jene Festnahmen und Hinrichtungen mit der ausdrücklichen Warnung begleitete, daß

und rein persönlichen Motiven
begangen hat, jenseitig durch den dem Gesichtspunkt ab, von dem man das Attentat betrachten will. Mögliche Übereinstimmung herrscht über folgende Punkte: Nikolajew gehörte zur kommunistischen Partei; er ist ein Mitglied des Kirowschen Beamtentabes gewesen; später wurde er Mitglied der Bauern- und Arbeiterinspektion. Er verlor beide Beine, und glaubte — zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt —, daß Kirow die Schuld an seiner Entlassung trage. Infolgedessen erwiderte er ihm, um seinen persönlichen Rache durch zu befriedigen. Alles übrige ist Erdbeben.

die „Klassenfeinde“ den Tod Kirows teuer zu bezahlen
haben würden. Als Folge des Vorgehens der Geheim-polizei sind nun jene Bürger, die nichtproletarischer Herkunft sind oder früher einmal den Verdacht der DZFWL erregt haben, sehr zahlreich geworden. Als zu der Ermordung Kirows schienen, wie gesagt, zahlreiche Anzeichen auf den Beginn einer toleranteren Politik der Sowjetregierung gegen die „Klassenfeinde“, also die früheren Parteigenossen, die „Intellektuellen“, und sogar die verachteten „Kulaken“ (sogenannte „Großbauern“), hinzudeuten. Erst vor kurzem gewährte die Regierung allen denjenigen Kulaken das Wahlrecht, die fünf Jahre an Kulden des Sowjetstaates mitgearbeitet hatten; und für die Kulaken, die in den Gold- und Platinarbeiten beschäftigt waren, wurde diese Frist sogar auf drei Jahre herabgesetzt. Bald darauf wurde

Trozkis Ausweisung aus Frankreich verlangt?

Telegramm unseres Korrespondenten
H. Paris, 27. Dezember
Wie die Pariser Presse berichtet, soll die Sowjetregierung an den Quai d'Orsay die Aufforderung geschickt haben, Trotzki nunmehr unverzüglich aus Frankreich auszuweisen, da er an der Ermordung Kirows beteiligt gewesen sei. Ob es richtig ist, daß Moskau einen solchen offiziellen Schritt unternommen hat, liegt bis jetzt noch nicht fest. Jedenfalls aber hat die französische Regierung an Trotzki eine neue Warnung geschickt, sich aller politischen Tätigkeiten zu enthalten. Sollte er dies nicht tun, so werde er unverzüglich ausgewiesen und zur Grenze gebracht werden. Die französische Geheimpolizei betont, daß Trotzki an seinem der Öffentlichkeit nicht bekannten Aufenthaltsort unter ständiger Bewachung stehe. Trotzdem habe man nach die geringste politische Aktivität des Revolutionärs sein Verbleiben in Frankreich an Pariser bei Frontalinspektion entdecken können. Diese Überwachung wurde bekanntlich angeordnet, wenn Trotzki Tätigkeit für die von ihm gegründete Vierte Internationale.

das Wahlrecht
durch ein zweites Dekret auch auf andere „deklassierte“ Elemente ausgedehnt. Auf dem Moskauer Schriftstellerkongress zeigte es sich deutlich, daß die Sowjetliteratur und -Kunst im Begriff standen, von der rein propagandistischen Linie abzuweichen und zu einer echten Kulturauffassung überzugehen. Weiterhin wurden durch Regierungsdirektive die DZFWL in ihrer früheren Form aufgelöst, die politische Polizei dem Innenkommissariat unterstellt, und Verfahren gegen politische Verbrecher auf den öffentlichen Gerichtswegen gelegt. Ob alle diese Reformen nunmehr umzusetzen werden, weiß man noch nicht. Woher schon die Verjüngung, daß

Lavals schwierige Romreise

Die ungeklärten Probleme zwischen Frankreich und Italien

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 27. Dezember
Aussenminister Laval ist nach sehr kurzem Weihnachtserurlaub schon am zweiten Feiertagabend wieder nach Paris zurückgekehrt. Die Feiertage hat er dazu benutzt, noch einmal den Stand der französisch-italienischen Verhandlungen zu prüfen. In einigen Kreisen wird jetzt nach seiner Rückkehr angefragt.
Laval sollte nunmehr endgültig in den ersten Januartagen nach Rom reisen.
da der bisherige Verlauf der französisch-italienischen Verhandlungen angeblich bereits diese frühe Abreise des Ministerpräsidenten möglich mache. Wie man mitteilt, ist man bereits bei der entscheidenden Frage angelangt, nämlich bei der Frage, ob Rom endgültig auf die Seite der Gegner jeder Revision der Friedensverträge gezogen werden kann. Nach hiesigen Mitteilungen hat Paris Mussolini zu versichern gesucht, daß ein klarer Verzicht auf jede Ermächtigung revisionistischer Absichten in Mitteleuropa die französisch-italienische Verhandlung mit einem Schlag verwirklichen könnte.

tracht gezogen werden müssen, während gleichzeitig Rumänien ausgeschlossen wäre. (Das scheint dem in der Mitteilung unseres Londoner A-Korrespondenten erwähnten Eckschäferpakt zur Garantierung der „Unabhängigkeit“ Österreichs zu entsprechen. Die Schriftleitung.) Außerdem

Nebenbei weniger optimistisch in bezug auf die Aussichten der französisch-italienischen Verhandlungen

ist man in den Kreisen um das „Echo de Paris“.
Berlinox, der Doppelminister dieses Blattes, wendet sich heute gegen eine nach seiner Meinung überreife Reise Lavals nach Rom. Berlinox weist vor allem darauf hin, daß einer französisch-italienischen Einigung über die mitteleuropäischen Fragen noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, und zwar sowohl was Österreich als auch was Jugoslawien betrifft. Auf die französische Forderung, daß der Status quo in Mitteleuropa durch eine Verständigung zwischen Frankreich, Italien und der kleinen Entente gesichert werden müsse, habe Mussolini die Gegenforderung gemacht, daß in erster Linie alle „Rachbarstaaten“ Österreichs in diesen Kreis einbezogen werden müßten. Dabei würde auch Deutschland in Be-

wiegere sich Mussolini immer noch, eine Erklärung über die Einheit und Unabhängigkeit Jugoslawiens abzugeben. Zu sei es denn gekommen, daß die kleine Entente in Paris hat wollen lassen, eine Romreise Lavals unter solchen Umständen müßte von ihr als eine „Geste der Untreue“ angesehen werden. Auch in der Abrüstungsfrage sei noch keinerlei Einigung mit Italien erfolgt. Nicht nur sei es nicht gelungen, die heikle Frage der Flotten-gleichheit zu lösen, sondern man habe mit Mussolini feststellen müssen, daß Mussolini noch immer die Aufrüstungsabsichtungen Ungarns und die Revisionspolitik Budapests beabsichtige. Falls Laval sich trotzdem zur Reise nach Rom Anfang Januar entschließen haben sollte, müßte er also im Besitz von Informationen sein, die der Öffentlichkeit noch unbekannt sind oder aber es ist eine Reise, um zu retten, was noch zu retten ist.

Der Reise nach Rom wird wahrscheinlich eine Reise nach London folgen.

Dort soll mit der englischen Regierung über die Abrüstungsfrage und die Frage der deutschen Gleichberechtigung gesprochen werden. Es scheint sich, wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, daß Laval in seiner letzten Unterredung mit dem englischen Außenminister Sir John Simon, die kurz vor Weihnachten stattfand, in der Abrüstungsfrage nicht mehr bei dem harten Nein der Note seines Vorgängers Barthou vom 17. April 1934 stehen geblieben ist. Auf der anderen Seite wäre es bedeutend verfrüht, anzunehmen, daß der Standpunkt dieser Note von Frankreich bereits endgültig aufgegeben ist. Noch stehen einer Einigung größte Schwierigkeiten gegenüber.

Die neue englische Initiative

Wieder einmal die österreichische „Unabhängigkeit“

Telegramm unseres Korrespondenten
A. London, 27. Dezember
Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will darüber unterrichtet sein, daß im Laufe der nächsten 14 Tage entscheidende Verhandlungen über einen neuen Pakt zur Garantierung der sogenannten österreichischen „Unabhängigkeit“ stattfinden sollen. Es handelt sich dabei angeblich um einen Sechsmächtepakt. Sir John Simon's Einladung an Island und Laval, nach London zu kommen, verbleibt in diesem Zusammenhang bedeutsame Beachtung. Der Gedanke dieses neuen Sicherheitspaktes ist anscheinend nicht in London,

sondern in Rom geboren. Voraussetzung eines solchen Paktes wäre zunächst einmal die italienisch-französische Verständigung, und da dieser Pakt auch nicht ohne Zustimmung Deutschlands aus der Hand kommen könnte, müßten auch die gegenwärtigen deutsch-französischen Beziehungen nach englischer Ansicht auf eine ganz andere, bessere Ebene gehoben werden. Voraussetzung hierfür wieder ist nach englischer Ansicht, daß auch nunmehr endgültig Deutschlands alle Gleichberechtigungsforderungen erledigt sind. In England möchte man nach der Vereinbarung der Saarklage diese Probleme nun verlässlich in Angriff nehmen. Nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ ist über all diese Dinge kurz vor Weihnachten zwischen den französischen Ministern und Sir John Simon ausführlich gesprochen worden.

Weihnachtstag Arbeitstag in Mexiko

Mexiko-Stadt, 27. Dezember
Am Weihnachtstag-Feiertagabend kam überraschend eine Mitteilung des mexikanischen Agrarministers, durch die der erste Weihnachtstag als Arbeitstag bestimmt wurde. Später wurde diese Anordnung des Agrarministers auf förmliche Staatsbeschlüsse angedeutet, die somit am 25. Dezember wie an einem Wochentag in arbeiten hatten, obwohl nach dem Arbeitsgesetz der erste Weihnachtstag Feiertag ist.

Polens größte Grube stillgelegt

Kattowitz, 27. Dezember. (Durch Funkpruch)
Wegen eines Schadens an der Fördermaschine mußte der gesamte Förderbetrieb auf dem Präsident-Mosjick-Schacht in Chorzow eingestellt werden. Bei der Untersuchung des Schadens wurde festgestellt, daß die Maschine, die von der französischen Maschinenfabrik Götzen zum Preis von 300 000 M. geliefert wurde, aus minderwertigem Material hergestellt ist. Die Förderung auf dem Mosjick-Schacht, dem größten Grubenschacht Polens, wird voraussichtlich über einen Monat ruhen müssen. Die 1500 Mann starke Belegschaft wird bis zur Wiederinbetriebnahme des Mosjick-Schachtes auf den staatlichen Starborm-Gruben untergebracht.

Österreichische Verlustliste

Wien, 27. Dezember. Wie amtlich mitgeteilt wird, betragen nach jetzt abgeschlossenen Ermittlungen die Verluste der Österreicher im Jahre 1934: Freiwilliges Schutzbataillon: 104 Tote, 222 Verletzte; Bundesheer: 2 Tote, 207 Verletzte; Polizei: 37 Tote, 198 Verletzte; Wehrdienst: 24 Tote, 38 Verletzte; Zollwache: 2 Tote. Insgesamt also betragen die Verluste bei den blutigen Ereignissen des Jahres 1934 auf Seiten der Österreicher 219 Tote und 683 Verletzte.

Noch 17 Tage bis zur Saarabstimmung!